

Die Analyse der Bedingungen und der Risiken für die Stabilität der österreichischen Finanzintermediäre war durch die schwierigen Rahmenbedingungen geprägt. Die schwache Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2002 hat dazu beigetragen, dass die Kreditnachfrage durch Unternehmen deutlich eingebremst wurde, und die anhaltenden Schwächetendenzen an den Börsen beeinflussten – wenn auch geringer als in anderen Ländern – die Ertragssituation sowohl der österreichischen Banken als auch der Versicherungen. Bei den Banken hat sich der Personal- und Sachaufwand moderat entwickelt und damit verhindert, dass sich die Aufwand/Ertrag-Relation – angesichts schwächerer Betriebserträge – noch weiter verschlechtert. Die relativ hohen Kosten der Leistungserbringung, zu denen auch die noch immer sehr hohe Bankstellendichte einen Beitrag leistet (Ende 2002 gab es in Österreich 897 Banken mit 4.471 Zweigstellen), lassen weitere Kostensenkungsmaßnahmen und Fusionen insbesondere bei den kleinen Banken erwarten.

Im Vergleich zu den deutschen Großbanken, die mit deutlichen Ergebniseinbußen und einem hohen Wertberichtigungsbedarf bei den Kreditbeständen konfrontiert sind, ist die Situation der österreichischen Banken günstiger. Die erfolgreich agierenden Tochtergesellschaften in den zentral- und osteuropäischen Ländern haben auch im Jahr 2002 wieder einen positiven Effekt auf die Ertragssituation ausgeübt und im Ausmaß von 30% bis zu 60% zum Konzernergebnis der großen österreichischen Banken beigetragen. Dies lässt eine zunehmende Abhängigkeit der Ertragslage von den Ergebnisbeiträgen aus den zentral- und osteuropäischen Ländern erkennen.

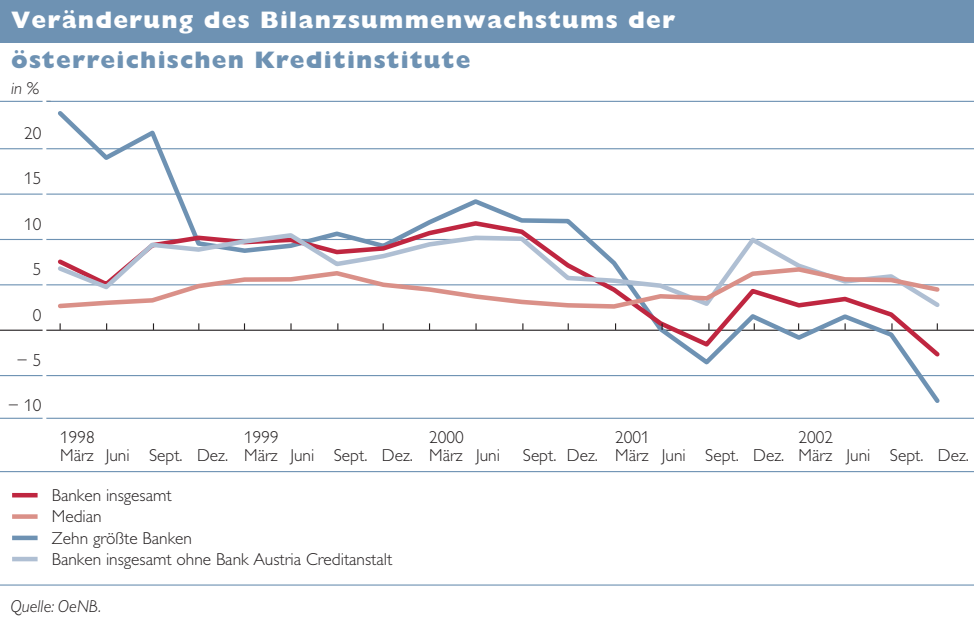
Die österreichischen Banken konnten im Jahr 2002 die schwierigen Verhältnisse ohne größere Veränderungen bei der Eigenmittelquote bewältigen, die mit einem durchschnittlichen Wert von über 13% noch immer zufrieden stellend ist. In der externen Betrachtung durch die Ratingagenturen zeigen sich die erfassten österreichischen Banken weiterhin robust; im Jahr 2002 ist es nur zur Rückstufung bei einer Bank gekommen. Auch in den untersuchten Risikokategorien lassen sich keine unmittelbaren Anzeichen einer Gefährdung der Systemstabilität des österreichischen Bankensektors erkennen. Die Marktrisiken haben sich relativ wenig verändert, ein Aufbau zusätzlicher Risikopositionen im Zins- und Aktienbereich hat nicht stattgefunden. Die schwache Entwicklung an den Börsen hat auf Grund der geringen Aktienbestände kaum negative Einflüsse auf den Wert der Aktiva der österreichischen Banken gehabt. Ein gewisses Risikopotenzial beinhalten die hohen Volumina an Fremdwährungskrediten, da insbesondere in den westlichen Bundesländern eine starke regionale Konzentration vorliegt.

## **Banken**

### **Geschäftsentwicklung und Ertragslage** Bilanzsummenwachstum ist rückläufig

Das Wachstum der unkonsolidierten Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute war 2002 im Vergleich zum Vorjahr mit einem Rückgang von 2,5% negativ (siehe Grafik 7). Für diese Entwicklung sind unter anderem geschäftspolitische Entscheidungen sowie Umstellungen und Bereinigungen im Rahmen der Fusion von Bank Austria mit Creditanstalt im August 2002 verantwortlich. Betrachtet man die Bilanzsumme der österreichischen

Grafik 7



Banken ohne Bank Austria Creditanstalt AG (BA-CA), so ist ein Wachstum von knapp 3% zu verzeichnen, was jedoch im Vergleich zu den Vorjahren ebenfalls eine leichte Abschwächung bedeutet. Dies ist auf ein geringeres Geschäftsvolumen der Banken auf Grund der schwierigen konjunkturellen Lage zurückzuführen.

Die Auswirkungen der Fusion von Bank Austria mit Creditanstalt spiegeln sich auch bei der Betrachtung der zehn größten Banken Österreichs<sup>1)</sup> wider, deren aggregierte Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 7,5% zurückgegangen ist. Damit beträgt die Bilanzsumme dieser ausgewählten Banken nur mehr 52,8% der Gesamtbilanzsumme aller österreichischen Kreditinstitute (Ende 2001: 55,7%). Der Medianwert<sup>2)</sup> für das Wachstum aller Kreditinstitute zeigt ebenfalls eine

rückläufige Tendenz und schwächte sich per Ende 2002 leicht auf 4,6% ab; der Vergleichswert des Vorjahres lag bei 6,4%.

#### Derivatgeschäft nimmt weiterhin zu

Das Derivatgeschäft stieg im vierten Quartal 2002 um 25% auf 1.388 Mrd EUR (verglichen mit dem entsprechenden Quartal des Vorjahres) und wies damit ein deutlich stärkeres Wachstum als die Bilanzsumme auf. Mit diesem Zuwachs erreichte das Derivatgeschäft aller österreichischen Banken Ende 2002 bereits das 2,4-fache der Bilanzsumme (Ende 2001: 1,9-fache). Wie auch in den Vorperioden bestand der überwiegende Anteil der Derivatgeschäfte aus Zinssatzverträgen (82,4%), wobei der Sparkassensektor, zu dem auch die BA-CA zählt, 78,2% aller Zinssatz-

1 Die Berechnung basiert auf den jeweils zehn Banken mit der größten Bilanzsumme zum Ultimo 2002. Durch die Fusion von Bank Austria mit Creditanstalt im August 2002 umfasst diese Auswahl per Ende 2002 eine zusätzliche Bank im Vergleich zur Vorperiode.

2 Der Median ist derjenige Wert, unter und über dem die gleiche Anzahl an Werten liegt, das heißt, er teilt eine geordnete Reihe an Ergebnissen in die oberen und unteren 50% auf. Im Gegensatz zum Mittelwert hat der Median den Vorteil, dass er gegenüber Ausreißern stabil ist. Bei der Berechnung des Medians werden Sonderbanken nicht berücksichtigt.

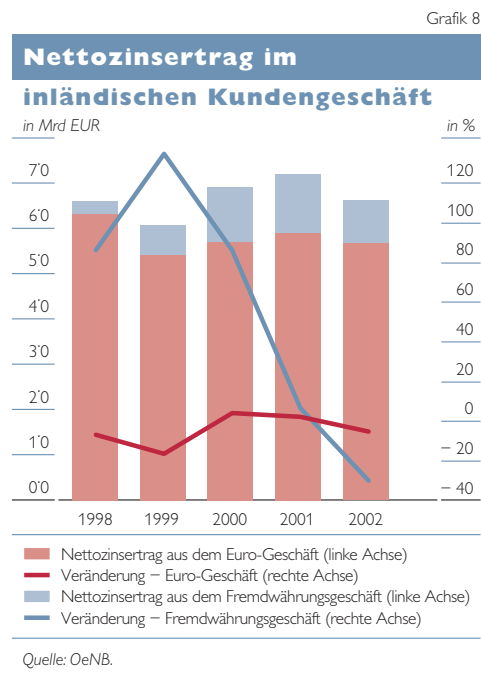
geschäfte tätigte. Auch in Österreich ist das Derivatgeschäft stark auf die größten Banken konzentriert.

Da das Derivatgeschäft der österreichischen Banken im Rahmen der Monatsausweismeldung mittels Nominalbeträgen erfasst wird, können aus diesen Daten Aussagen über den Risikogehalt des Derivatgeschäfts nicht unmittelbar getroffen werden. Da aber bei den österreichischen Banken keine Zunahme des Zinsänderungsrisikos zu beobachten war (siehe Kapitel „Marktrisiko der österreichischen Banken“), kann angenommen werden, dass die Volumenausweitung in etwa zu gleichen Teilen auf das Eingehen von Risikopositionen und auf Absicherungsgeschäfte zurückzuführen ist.

**Ertragslage der österreichischen Banken gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt**

Die schwierigen Rahmenbedingungen im Jahr 2002, insbesondere die schwache Konjunktur und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten, haben auch die österreichischen Banken getroffen und – ähnlich wie in vielen EU-Ländern – zu Ergebniseinbußen geführt. Wegen der geringeren Bedeutung des Investmentgeschäfts und den sehr guten Ergebnisbeiträgen der Tochtergesellschaften aus den zentral- und osteuropäischen Ländern ist die Ertragslage zwar schwach, aber nicht Besorgnis erregend.

Im Jahr 2002 ist das vorläufige Betriebsergebnis des österreichischen Bankensektors in unkonsolidierter Betrachtungsweise<sup>1)</sup> im Vergleich zum Vorjahr von 4,6 Mrd EUR um 7,9% auf 4,2 Mrd EUR gesunken. Während die Betriebserträge in diesem Zeitraum um



24% zurückgingen, sind die Betriebsaufwendungen auf nahezu gleichem Niveau geblieben.

Der Nettozinsenertrag, der etwa 52% der gesamten Betriebserträge ausmacht, ist im Wesentlichen unverändert geblieben (2001: 709 Mrd EUR; 2002: 708 Mrd EUR). Bei der detaillierten Betrachtung des Nettozinsenertrags im inländischen Kundengeschäft (siehe Grafik 8) zeigt sich im Jahr 2002 im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 7,9% auf 6,6 Mrd EUR, wobei der Beitrag des Fremdwährungsgeschäfts zum Nettozinsenertrag mit -27,2% deutlich stärker abgenommen hat als der Beitrag des Eurogeschäfts, welches nur um 3,7% gesunken ist. Im inländischen Kundengeschäft trägt das Eurogeschäft mit knapp 5,6 Mrd EUR bzw. 79,6% zum Nettozinsenertrag bei; die Zinsmargen sind um 6 Basispunkte von 2,93% im Jahr 2001 auf 2,87% im Jahr 2002 zurückgegangen.

<sup>1)</sup> In der Quartalsberichtsmeldung (Daten: Dezember 2002) werden die Ertragsdaten der in Österreich tätigen Kreditinstitute auf unkonsolidierter Basis erfasst. Somit sind insbesondere die Erträge und Aufwendungen von ausländischen Tochterunternehmen nicht enthalten.

Die zweitwichtigste Ertragsquelle nach den Zinserträgen sind die Provisionserträge, die 22% der Betriebserträge erwirtschaften. Diese sind im Jahr 2002 nur leicht um 1,6% gesunken (2001: 3,06 Mrd EUR, 2002: 3,01 Mrd EUR), was der schwächste Rückgang seit dem zweiten Quartal 2001 ist. Im Einzelnen zeigen sich starke Zuwächse beim Saldo aus dem Kreditgeschäft (+28,9%) und leichte Zuwächse bei den Provisionen aus dem Zahlungsverkehr (+4,6%). Die anhaltend schwache Entwicklung der Aktienmärkte zeigt sich im Rückgang der Nettoerträge aus dem Wertpapiergeschäft um 10,0%. Weiters hat der Wegfall von Wechselspesen durch die Euroeinführung das Devisen-, Sorten und Edelmetallgeschäft um beachtliche 17,8% geschmälert.

Für den Rückgang der Betriebserträge sind vor allem die um 9,8% niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträge (vor allem geringere Erträge aus banknahen und -fremden Tätigkeiten) sowie die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen, die mit fast 13% recht bedeutend zu den Betriebserträgen beitragen, verantwortlich. Infolge der schwierigen Börsensituation sind die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen in der Höhe von 1,8 Mrd EUR um 9,6% geringer als im Vorjahr ausgefallen, wobei die Rückgänge vor allem auf schwächere Erträge aus Aktiengeschäften sowie – durch Eingliederungsmaßnahmen bedingte – rückläufige Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen zurückzuführen sind.

Unter den Betriebsaufwendungen, die im Jahr 2002 das geringste Wachstum seit fünf Jahren auswiesen, verzeichnete der Personalaufwand eine moderate Steigerung von 2,1%, wobei diese Zuwächse eigentlich nur die jährliche Valorisierung der Gehälter

widerspiegeln. Der Sachaufwand, der in den letzten Jahren durch EDV-Projekte im Zusammenhang mit dem Jahrtausendsprung, der Euro-Einführung sowie der Ausweitung des Elektronischen Banking stets deutlich angestiegen war, hat sich sogar um 0,4% reduziert. Das schwache Wachstum der Betriebsaufwendungen deutet auch darauf hin, dass die zur Verbesserung der Ertragssituation eingeleiteten Kostensenkungsmaßnahmen bereits erste Ergebnisse zeigen. Die deutliche Erhöhung der Abschreibung auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände um 8,8% spiegelt die hohe Investitionstätigkeit der vergangenen Jahre wider.

Das Verhältnis Betriebsaufwendungen zu Betriebserträgen (Aufwand/Ertrag-Relation), das in den Jahren 2000 und 2001 bei 66,6% bzw. 67,4% lag, hat sich im Jahr 2002 wegen der geringeren Erträge auf 69,3% verschlechtert. Ein Vergleich der Aufwand/Ertrag-Relation innerhalb der EU weist für Österreich einen relativ hohen Wert auf. Der Mittelwert der Aufwand/Ertrag-Relation der zehn größten Banken (unter Berücksichtigung der BA-CA-Fusion Mitte 2002) ist ebenfalls stark von 65,1% im Jahr 2001 auf 70,8% im Jahr 2002 angestiegen. Auch für die zehn größten Banken ist der Einbruch der Erträge (–9,9%) für die Verschlechterung der Aufwand/Ertrag-Relation verantwortlich, da die Aufwendungen um 2,1% reduziert werden konnten. 10% der Banken haben eine Aufwand/Ertrag-Relation von 82,4% oder schlechter (90-Prozent-Quantil).

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute erwarten für das gesamte Geschäftsjahr 2002 ein Betriebsergebnis (vor Steuern) von 4,2 Mrd EUR, das somit um 7,8% unter dem Vorjahreswert liegt. Der Wertberichtigungs-

Tabelle 4

| <b>Aufwand/Ertrag-Relation</b>     |      |      |      |      |      |
|------------------------------------|------|------|------|------|------|
|                                    | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|                                    | in % |      |      |      |      |
| Mittelwert der zehn größten Banken | 64,6 | 71,1 | 66,9 | 65,1 | 70,8 |
| 50-Prozent-Quantil (Median)        | 70,6 | 70,2 | 64,8 | 67,7 | 68,3 |
| 10-Prozent-Quantil                 | 58,1 | 57,4 | 52,1 | 54,9 | 54,4 |
| 90-Prozent-Quantil                 | 84,7 | 83,1 | 77,8 | 81,4 | 82,4 |

Quelle: OeNB.

bedarf im Kreditbereich wird mit 20 Mrd EUR um fast 8% unter dem besonders hohen Wert des Jahres 2001 angesetzt. Da die Dotation der Wertberichtigungen bei Wertpapieren und Beteiligungen höher als die Auflösung ist, ist auch im Jahr 2002 ein aufwandswirksamer Saldo zu erwarten; in den letzten Jahren waren jeweils zum Teil beachtliche ertragswirksame Salden verzeichnet worden. Insbesondere bei den bereits realisierten Veräußerungsgewinnen aus Wertpapieren und Beteiligungen ist im Jahr 2002 eine stark rückläufige Entwicklung zu erwarten.

Um eine umfassende Beurteilung der Ertragslage der österreichischen Banken durchführen zu können, werden die unkonsolidierten Ergebnisse gemäß Quartalsbericht um die konsolidierte Darstellung auf Basis des Vermögens- und Erfolgsausweis erweitert. Dabei werden die Konzernabschlüsse der Großbanken, die nach IAS (International Accounting Standards) bilanzieren, aber auch die HGB-Abschlüsse der anderen Bankkonzerne berücksichtigt. Damit wird sichergestellt, dass die Erträge und Aufwendungen der gesamten Bankengruppe (also auch der Tochterbanken im Ausland) erfasst werden.

Die konsolidierte Betrachtung zeigt insgesamt eine ähnliche Ertrags-situation wie die unkonsolidierte.

Zum Jahresende 2002 liegt das konsolidierte – ebenso wie das unkonsolidierte – Betriebsergebnis in Prozent der Bilanzsumme unter den Vergleichswerten der Vorjahre. Das Zinsgeschäft zeigt sich – wie schon in den letzten Quartalen – als relativ stabil. Durch die schwierige Situation im Wertpapierbereich liegen die Erträge, die nicht aus dem Zinsgeschäft stammen, doch deutlich unter jenen des Vorjahres. Insgesamt fielen damit die Betriebserträge in Relation zur Bilanzsumme. Die Aufwendungen konnten in Relation zur Bilanzsumme zwar stabil gehalten werden. Aus der ungünstigeren Entwicklung der Betriebserträge resultiert aber eine Verschlechterung der Aufwand/Ertrag-Relation, die kaum Unterschiede zwischen konsolidierter und unkonsolidierter Betrachtungsweise zeigt.

Die Risikovorsorgen blieben auch konsolidiert tendenziell knapp unter den Rekordwerten des Vorjahres. Die relativen Kreditrisikokosten fielen zum Jahresende 2002 vor allem deshalb geringer aus, weil ein hoher Anteil bereits gebildeter Kreditrisikovorsorgen aufgelöst werden konnte. Vor allem die Reduktion der Erträge aus Auflösungen von Vorsorgen für Wertpapiere und Beteiligungen führte – sowohl konsolidiert als auch unkonsolidiert – zu einer deutlichen Verschlechterung des Jahresergebnisses.

### Kreditrisiko der österreichischen Banken

#### Konjunkturschwäche dämpft Kreditwachstum

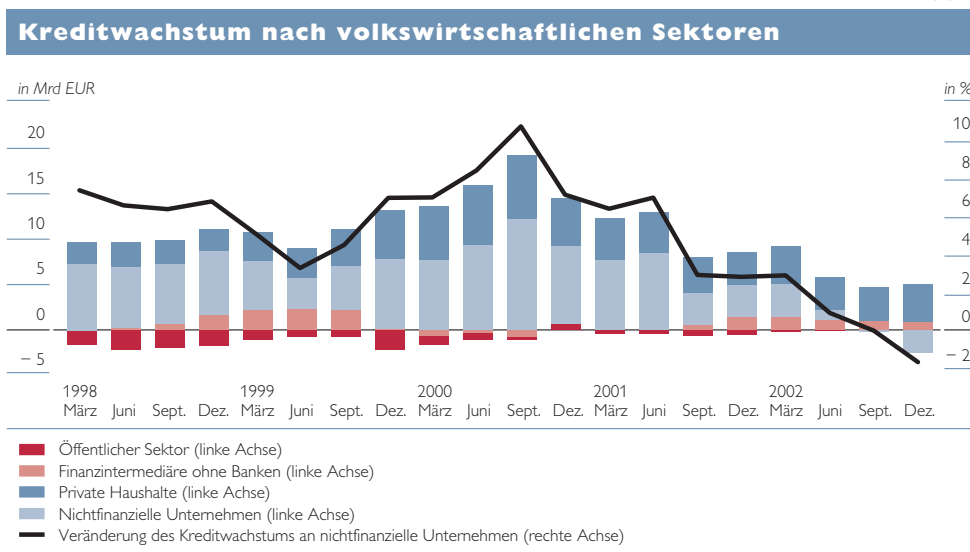
Die Kreditvergabe der österreichischen Banken war im Verlauf des Jahres 2002 vom national und international schwachen konjunkturellen Umfeld beeinflusst, was – trotz sinkender Zinsen für Kommerz- und Privatkredite – einen Rückgang beim Wachstum des Kreditvolumens verursachte. Zum Ende des vierten Quartals 2002 lag das Wachstum bei 1,2% im Vergleich zu 3,5% im letzten Quartal 2001. Die zehn größten Banken verzeichneten einen Rückgang von 2,3% (viertes Quartal 2001: +3,0%). Der Median des jährlichen Wachstums lag mit 3,8% leicht unter dem Wert der Vorperiode von 4,5%.

Eine Betrachtung der Kreditvergabe nach volkswirtschaftlichen Sektoren (siehe dazu Grafik 9) zeigt in der zweiten Hälfte 2002 stabile Entwicklungen vor allem bei der Kreditvergabe an Haushalte sowie an Finanzintermediäre (ohne Banken). Beide Sektoren verzeichneten bei der Kreditaufnahme im Jahresvergleich relativ gleichmäßige

Zuwachsraten. Im öffentlichen Sektor und bei den nichtfinanziellen Unternehmen kam es hingegen im zweiten Halbjahr 2002 zu Veränderungen. Einerseits lässt sich eine leichte Zunahme beim Wachstum der Kredite an den öffentlichen Sektor feststellen. In den Vorperioden hatte der öffentliche Sektor die Kreditverschuldung gegenüber Banken reduziert, teilweise durch einen Wechsel in der Finanzierungsstrategie (insbesondere durch verstärkte Begebung von Anleihen), teilweise durch einen deutlichen generellen Schuldenabbau einzelner Bundesländer. Mit Beginn der zweiten Hälfte des Jahres 2002 verzeichnet das Kreditwachstum an den öffentlichen Sektor nach längerer Zeit wieder einen – wenn auch sehr geringen – Anstieg, der eher auf ein kurzfristiges Finanzierungserfordernis gegen Ende des Jahres 2002 hindeutet als auf eine Trendumkehr in Bezug auf die Kreditaufnahme durch den öffentlichen Sektor.

Andererseits ging die Kreditvergabe an den Unternehmenssektor deutlich zurück. Seit dem dritten Quartal 2001 verzeichnet das Kredit-

Grafik 9



volumen an Unternehmen sogar ein Negativwachstum. Die Wachstumsrate betrug Ende 2002 –1,8% auf jährlicher Basis (siehe rechte Achse in Grafik 9). Dieser Rückgang liegt zwar durchaus im Trend der EU-weiten Abschwächung beim Kreditwachstum an Unternehmen, ist aber in Österreich mit einer im Unterschied zum gesamten Euroraum (gemäß EZB: +3,5%) negativen Wachstumsrate besonders deutlich ausgeprägt. Einen ähnlichen Rückgang des Wachstums der Kredite an den Unternehmenssektor hat es zuletzt in den Jahren 1992 und 1993 gegeben, als die Wirtschaftsentwicklung ähnlich problematisch war wie derzeit. Damit dürfte das konjunkturell schwierige Umfeld einer der wichtigsten Gründe für die österreichischen Kreditinstitute sein, bei der Kreditvergabe partiell vorsichtiger und risikobewusster vorzugehen. Darüber hinaus dürften sich

Unternehmen derzeit auch veranlasst sehen, ihre Investitionspläne und damit ihre Kreditnachfrage zu verschieben oder zum Teil auch auf andere Finanzierungsformen (insbesondere Schuldverschreibungen) umzusteigen (siehe dazu vor allem den Abschnitt „Realwirtschaft und Finanzmärkte in Österreich“). In einer langjährigen Betrachtung stellt sich der Rückgang des Kreditwachstums bei Unternehmen derzeit zwar wachstumspolitisch, nicht aber stabilitätspolitisch bedenklich dar.

Bei einer Aufschlüsselung nach Wirtschaftsbranchen zeigt sich ein Rückgang des Kreditwachstums insbesondere bei konjunktursensitiven Branchen: Ende 2002 betrug etwa die jährliche Veränderung des Kreditwachstums in der Energiebranche –7,9%, im Transportgewerbe –10,2%, in der Grundstoffindustrie –4,0% und im Baugewerbe –1,5%.<sup>1)</sup>

### Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum –

#### Ergebnisse für Österreich

Wie die Ergebnisse der zweiten Runde des neuen „Bank Lending Survey“ zeigen, sind die österreichischen Kreditinstitute aus Risikogesichtspunkten – hervorgerufen vor allem durch die ungünstigere konjunkturelle Lage – im ersten Quartal 2003 in ihrer Kreditpolitik vorsichtiger geworden. Insbesondere bei der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor sind die Banken derzeit zurückhaltender als im Jahr 2002. Gleichzeitig wurden auch die Kreditbedingungen für Kredite an Unternehmen verschärft: In erster Linie wurden die Margen für risikoreichere Kredite ausgeweitet.

Parallel zu dieser vorsichtigeren Kreditvergabepolitik hat sich laut Aussage der befragten Banken die Kreditnachfrage – wiederum vor allem aus konjunkturellen Gründen – abgeschwächt. Insgesamt erscheint damit die ausgeprägte Verlangsamung des Kreditwachstums der letzten Zeit aber nicht nur von der Nachfrageseite, sondern auch von der Angebotsseite induziert zu sein, wenngleich Aussagen darüber, ob die Verschärfung der Kreditrichtlinien über die konjunkturelle Abschwächung hinausgeht, auf Grund der bisher nur zwei vorliegenden Erhebungsrunden noch nicht möglich sind.

Offensichtlich bedingt durch eine andere Einschätzung des konjunkturellen Risikoprofils haben die österreichischen Banken im Privatkreditgeschäft die Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen weniger stark verschärft als im Firmenkundengeschäft. Diese unterschiedliche Einschätzung wird auch dadurch unterstrichen, dass – nach den vorliegenden Ergebnissen der Umfrage – die Banken eine leicht steigende Nachfrage nach Krediten seitens der privaten Haushalte konstatieren.

<sup>1)</sup> Die hier vorgenommene Einteilung und Bezeichnung von Wirtschaftsbranchen entspricht der Branchenklassifikation der EZB und kann von anderen herkömmlichen Klassifikationen (beispielsweise ÖNACE) abweichen.

*Grundsätzlich ist die Kreditgewährung der Banken eine wesentliche Bestimmungsgröße für den Konjunkturverlauf. Daher kommt der Situation auf den Kreditmärkten auch bei der Umsetzung der Geldpolitik eine wichtige Rolle zu. Um den Informationsstand über die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte zu verbessern, führt das Eurosystem – die EZB und die Notenbanken der an der Währungsunion teilnehmenden Länder – seit Beginn dieses Jahres eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch. Dabei werden viermal jährlich 86 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter fünf Institute aus Österreich. Die ersten beiden Befragungsrunden der Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum fanden im Jänner bzw. April 2003 statt und brachten bereits wesentliche Aufschlüsse über die Hintergründe der aktuellen Kreditentwicklung.*

*In den USA, wo die Notenbank bereits seit 1967 eine Umfrage zur Bankkreditgewährung durchführt, und in Japan hat sich dieses Instrument bewährt und leistet einen wesentlichen Beitrag für die Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Lage auf dem Kreditmarkt.*

Fremdwährungsfinanzierungen gewinnen weiter an Bedeutung für private Haushalte. Während sich der Fremdwährungskreditanteil am gesamten ausstehenden Volumen der Unternehmenskredite seit Anfang des Jahres 2001 bei knapp unter 20% stabilisiert hat, gewinnen Finanzierungen in Fremdwährungen für die privaten Haushalte weiter an Bedeutung. Der Anteil der Fremdwährungskredite am jährlichen Kreditwachstum der privaten Haushalte lag Ende 2002 bei 65%. Deutlich mehr als die Hälfte aller im Jahr 2002 an diese Kreditnehmergruppe neu vergebenen Kredite waren demnach Fremdwährungsfinanzierungen. Der Fremdwährungsanteil an den insgesamt ausstehenden Forderungen gegenüber privaten Haushalten erhöhte sich damit um fast 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 25% Ende 2002. Insgesamt belaufen sich die Forderungen der österreichischen Kreditinstitute gegenüber inländischen Kunden zum Jahresende 2002 auf 44,5 Mrd EUR (18,7% des entsprechenden Gesamtvolumens), wobei knapp 25 Mrd EUR auf die Unternehmen, 16,7 Mrd EUR auf private Haushalte und der Rest auf den öffentlichen Sektor sowie Nichtbanken-Finanzintermediäre entfällt. Die Anzahl der ausstehenden Fremdwährungskredite hat sich mit Jahres-

ende 2002 auf fast 300.000 erhöht, was eine Verdoppelung seit Mitte 1999 bedeutet. Während in den letzten Jahren Finanzierungen in japanischen Yen stark zunahmen, geht der Trend seit Mitte 2002 wieder in Richtung einer Verschuldung in Schweizer Franken. Ende 2002 lauten 55% (25,7 Mrd EUR) der gesamten Fremdwährungsfinanzierungen auf Schweizer Franken und 37% (17,4 Mrd EUR) auf japanische Yen.

Ein wesentlicher Teil der Fremdwährungskredite an private Haushalte steht in Zusammenhang mit der Beschaffung und dem Erhalt von Wohnraum. Ende des vierten Quartals 2002 lag der Anteil der Fremdwährungsfinanzierungen am gesamten ausstehenden Volumen der Wohnbaukredite bei 17% (8,2 Mrd EUR). In dieser Periode waren rund drei Viertel des jährlichen Wachstums der Wohnbaukredite auf Fremdwährungsfinanzierungen zurückzuführen. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung ergab sich ebenfalls ein Anstieg in Fremdwährung.

**Risiken von Fremdwährungsfinanzierungen sind regional konzentriert**

Für die Kreditnehmer sind Fremdwährungsfinanzierungen mit einer Reihe von Risiken verbunden, wobei das Wechselkursrisiko – also das Risiko,

dass Zins- und/oder Kapitalrückzahlungen infolge einer Aufwertung der Fremdwährung steigen – das bedeutendste darstellt. Infolge von Wechselkurschwankungen kann eine Fremdwährungsfinanzierung trotz eines Zinsvorteils von mehreren Prozentpunkten letztlich wesentlich teurer sein als ein entsprechender Euro-Kredit. Darüber hinaus sind Fremdwährungskredite in der Regel variabel verzinst und unterliegen somit einem Zinsänderungs- bzw. einem Spreadrisiko – also dem Risiko, dass sich der Zinssatz in der Fremdwährung erhöht bzw. sich der Zinsvorteil zu den Zinsen im Euro verringert. Fremdwährungskredite, die als Tilgungsträgermodelle<sup>1)</sup> konstruiert sind, unterliegen zudem einem so genannten Tilgungsträgerisiko. Unter diesem Begriff werden alle Risiken subsumiert, die sich auf die Wertentwicklung des Tilgungsträgers beziehen und die dazu führen können, dass das im Tilgungsträger angesparte Kapital nicht zur Tilgung des Kredits ausreicht. Im Falle einer fristen- und währungskongruenten Refinanzierung der Fremdwährungskredite durch die Banken werden die genannten Risiken grundsätzlich von den Kreditnehmern getragen.

Auf Grund der Risiken, die der Fremdwährungskreditnehmer eingeht, besteht für die Banken ein erhöhtes Ausfallrisiko bei Fremdwährungskrediten. Zwar sichern sich die Banken in der Regel gegen das erhöhte Ausfallrisiko ab, indem sie die Bereitstellung höherer Sicherheiten fordern. Allerdings muss man davon ausgehen, dass insbesondere die von den privaten Haushalten beigebrachten Sicherheiten eine gewisse Homogenität auf-

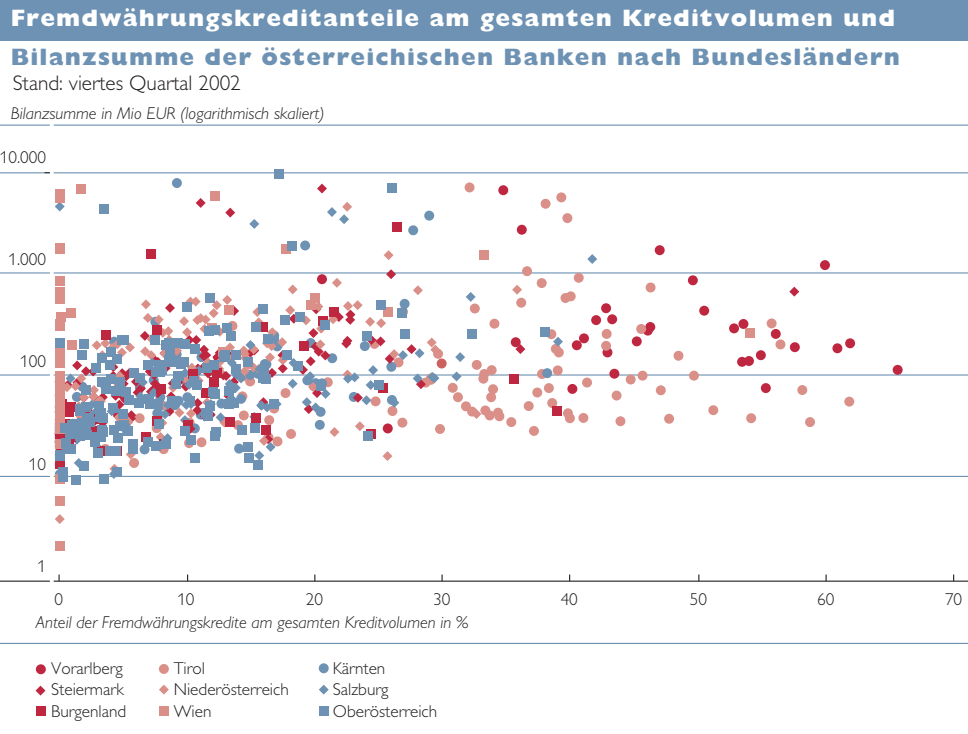
weisen. In erster Linie dürfte es sich dabei um Hypotheken auf Liegenschaften handeln, die womöglich – z. B. in Bezug auf eine einzelne Regionalbank – auch noch eine ähnliche Lage aufweisen.

Grafik 10 zeigt den Anteil der Fremdwährungskredite der österreichischen Banken am jeweils insgesamt ausstehenden Volumen der Kundenforderungen. Bei 106 bzw. rund 13% der betrachteten 800 Banken<sup>2)</sup> liegt der Fremdwährungskreditanteil über 30% und bei immerhin 23 Banken bzw. knapp 3% sogar über 50%. Bei den Banken mit einem besonders hohen Anteil an Fremdwährungskrediten handelt es sich fast ausschließlich um kleine und mittlere Regionalbanken im Westen Österreichs. In Einzelfällen ist fast die Hälfte der Bilanzsumme auf Fremdwährungskredite zurückzuführen. Werden auf Grund steigender Wechselkurse mehrere private Kreditnehmer zahlungsunfähig, so würde die gleichzeitige und vollständige Verwertung der genannten Sicherheiten zumindest den erzielbaren Preis erheblich drücken. Damit besteht für die Banken mit besonders hohem Fremdwährungskreditanteil im Zusammenhang mit den Fremdwährungskrediten ein Klumpenrisiko, das insbesondere in den westlichen Bundesländern mit ihrem überdurchschnittlich hohen Anteil an Fremdwährungskrediten für einzelne Regionalbanken im Fall einer Realisierung stabilitätsgefährdend wirken könnte. Aus diesem Grund stellt der hohe Fremdwährungskreditanteil in Österreich aus Perspektive der Finanzmarktstabilität ein gewisses Risikopotenzial dar, weshalb eine eingehende

1 Das sind endfällige Fremdwährungskredite, bei denen die Kapitalrückzahlung während der Laufzeit in einem so genannten Tilgungsträger (Lebensversicherung, Investmentfonds etc.) angespart wird.

2 Siehe Anmerkungen zu Grafik 10.

Grafik 10



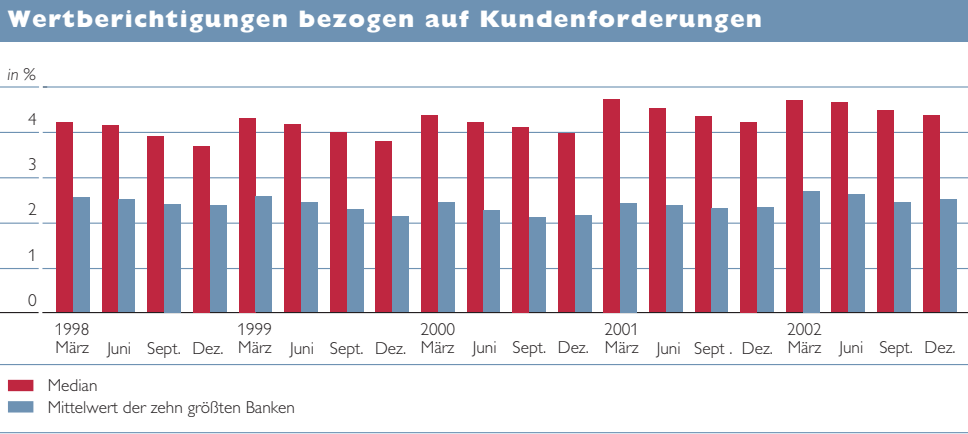
Quelle: OeNB.  
Anmerkung: Banken mit einer Bilanzsumme über 10 Mrd EUR werden nicht dargestellt. Der Fremdwährungskreditanteil dieser Banken bewegt sich ungefähr zwischen 5 und 20 % des gesamten Kreditvolumens. Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute sowie Banken ohne relevantes Kreditgeschäft wurden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.

Beobachtung der damit verbundenen Risiken notwendig ist.

Wertberichtigungen zeigen keine wesentliche Verschlechterung der Kreditqualität Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds und der damit

einhergehenden leichten Zunahme an Insolvenzen stieg der Stand der Wertberichtigungen in Relation zu den Kundenforderungen moderat (siehe dazu auch den Abschnitt „Realwirtschaft und Finanzmärkte in Österreich“). Zum Ende des Jahres 2002

Grafik 11



Quelle: OeNB.

nahm der Stand der Wertberichtigungen in Prozent der Kundenforderungen von 3,1% im Vorjahr auf 3,3% zu. In der sektoralen Betrachtung zeigt der Sparkassensektor einen Anstieg der Kennzahl Wertberichtigungen in Prozent der Kundenforderungen von 3,5 auf 3,9%, und der Volksbankensektor einen Zuwachs von 4,4 auf 4,8%. Bei den Aktienbanken ist ein Rückgang von 2,9 auf 2,7% zu verzeichnen.

Bei den zehn größten Banken zeigt sich beim Mittelwert ebenfalls ein leichter Anstieg von 2,3 auf 2,5% (siehe Grafik 11). Damit liegen die zehn größten Banken wie auch in den Vorperioden wieder deutlich unter dem Medianwert, der im Jahresvergleich einen leichten Anstieg der Wertberichtigungen von 4,3 auf 4,4% der Kundenforderungen zu verzeichnen hatte.

Betrachtet man die Entwicklung der Wertberichtigungen gemessen an den Kundenforderungen über mehrere Jahre hinweg, so zeigt sich im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung der Kreditqualität.

### **Marktrisiko der österreichischen Banken**

**Exponierung gegenüber dem Zinsänderungsrisiko bleibt stabil**

Seit dem 31. Dezember 2002 haben alle österreichischen Kreditinstitute im Quartalsabstand eine Zinsrisikostatistik zu erstellen.<sup>1)</sup> Aus dieser Meldung, in der zinsreagible Positionen wie z. B. fest- und variabelverzinsliche Wertpapiere, Spareinlagen, Kredite oder Zinsderivate enthalten sind, können Risikokenngrößen für das Zinsänderungsrisiko abgeleitet werden. Eine solche Kenngröße ist der vom Basler

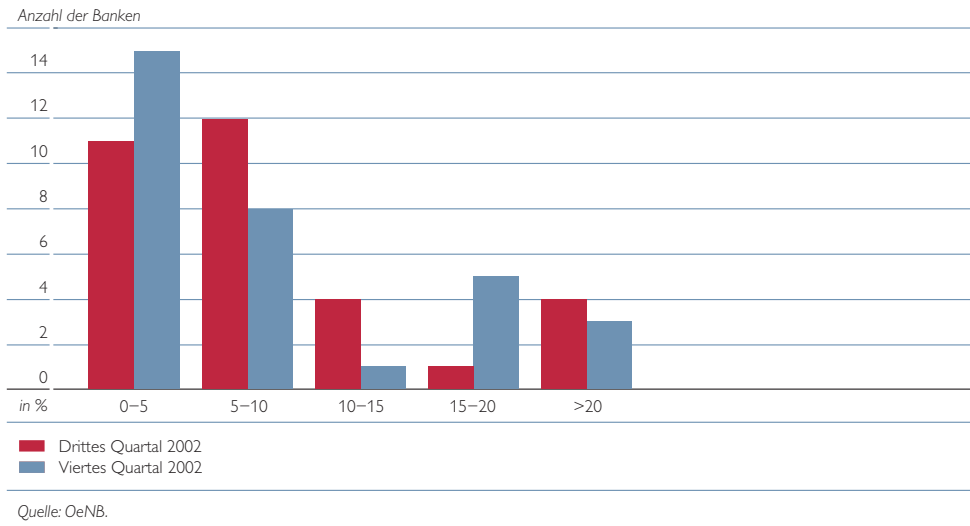
Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagene Quotient aus dem Barwertverlust einer Bank, der sich bei einer Änderung des Zinsniveaus im Ausmaß von 200 Basispunkten ergeben würde, und ihren anrechenbaren Eigenmitteln. Bereits seit dem 31. Dezember 2001 gibt es einen Kreis von 13 Erstmeldern, der (zum Ultimo 2002) 37% der Gesamtbilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute abgedeckt hat. Der durchschnittliche Wert der Quotienten der Erstmelder hat sich nach anfänglich etwas höheren Werten bis zur Mitte des Jahres 2002 auf 70% reduziert. Nach einer leichten Erhöhung im dritten Quartal auf 78% lag dieser durchschnittliche Quotient zum Ende des Jahres 2002 bei 73%. Damit liegt dieser Durchschnittswert deutlich unter dem von Basel vorgesehenen Grenzwert von 20%. Seit dem dritten Quartal 2002 hat sich der Kreis der Melder auf die 32 größten Banken des Landes vergrößert, wodurch sich der Abdeckungsgrad bezogen auf die Bilanzsumme auf 73% erhöht hat (Stand: Ultimo 2002). Der durchschnittliche Quotient dieser großen bis mittleren Banken lag im dritten Quartal bei 93% und zum Ende des Jahres 2002 bei 89%, also rund 15% über den entsprechenden Werten der Erstmelder. Die Tendenz in der Entwicklung des Zinsänderungsrisikos ist aber in beiden Fällen dieselbe, nämlich zuletzt leicht abnehmend. In Grafik 12 ist die Verteilung der Quotienten für die 32 großen bis mittleren Banken dargestellt.

Aus Grafik 12 geht hervor, dass die meisten der großen bis mittleren Institute in Bezug auf das Zinsänderungsrisiko des Bankbuchs eine eher konservative Strategie verfolgen. Aller-

<sup>1)</sup> Von der Meldeverpflichtung ausgenommen sind Zweigstellen von Instituten, die im Rahmen der Niederlassungsfreiheit in Österreich tätig sind.

Grafik 12

**Verteilung der Basler Zinsrisikoquotienten**



dings ist festzuhalten, dass es einzelne Institute gibt, die den Grenzwert von 20% Barwertverlust bei einem 200-Basispunkte-Schock bezogen auf die anrechenbaren Eigenmittel überschreiten, wobei die Anzahl dieser Banken aber rückläufig ist.

Da Banken mit großem Wertpapierhandelsbuch die Positionen des Handelsbuchs nicht in die Zinsrisikostatistik zu inkludieren haben, wird zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos von Handelsbuchpositionen das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in zinsbezogenen Instrumenten herangezogen.<sup>1)</sup> Auf Basis dieser Daten ist während des Jahres 2002 im Handelsbuch keine Zunahme des Zinsänderungsrisikos festzustellen. Die entsprechenden Werte befinden sich seit dem dritten Quartal 2001 fast konstant auf relativ niedrigem Niveau.

Auf Basis der Meldedaten für das Zinsänderungsrisiko in Bank- und Handelsbuch kann somit festgehalten

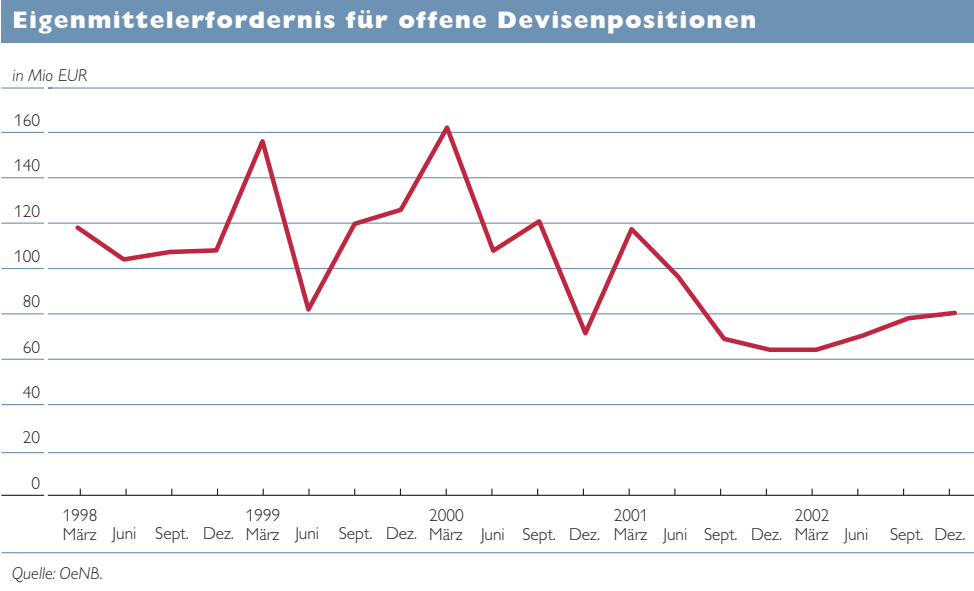
werden, dass die österreichischen Banken im Jahr 2002 keine zusätzlichen Risikopositionen im Zinsbereich aufgebaut haben.

**Fremdwährungsrisiko steigt leicht an**

Zur Beurteilung der Exponiertheit des österreichischen Bankensystems gegenüber Wechselkursschwankungen kann das Eigenmittelerfordernis für offene Devisenpositionen<sup>2)</sup> herangezogen werden. In diesen Zahlen sind wiederum Ergebnisse des Standardverfahrens und Value-at-Risk-Berechnungen kombiniert. Die Entwicklung des Eigenmittelerfordernisses für offene Devisenpositionen ist in Grafik 13 dargestellt, wobei sich zeigt, dass der Stand der offenen Währungsposition des österreichischen Bankensystems zurzeit relativ niedrig ist. Ebenfalls ersichtlich sind recht große Schwankungen in der Vergangenheit, die zum größten Teil auf Engagements einzelner Großbanken

1 Dabei werden die Ergebnisse des Standardverfahrens zur Berechnung des Eigenmittelerfordernisses und bankinterne Value-at-Risk-Zahlen kombiniert.

2 Dieses Eigenmittelerfordernis bezieht sich auf die Gesamtbank, also auf Bank- und Handelsbuch.



zurückzuführen sind. Nach einem historischen Tiefststand zum Ende des Jahres 2001 von 64 Mio EUR ist das diesbezügliche Eigenmittelerfordernis wieder leicht im Steigen begriffen und lag zum Ultimo 2002 bei 80 Mio EUR, wobei in den letzten eineinhalb Jahren eine Stabilisierung stattgefunden hat.

Eine Zuordnung des Fremdwährungsrisikos zu den einzelnen Währungen ist auf Basis der monatlichen Höchststände der offenen Devisenpositionen möglich. Zählt man die Absolutbeträge der Höchststände aller Institute zusammen, so zeigt sich, dass die größten Exponierungen des österreichischen Bankensystems zum Ultimo 2002 gegenüber dem US-Dollar (887 Mio EUR), dem Schweizer Franken (800 Mio EUR) und dem japanischen Yen (718 Mio EUR) bestanden. Abgeschlagen folgen die Dänische Krone (192 Mio EUR), der australische Dollar (156 Mio EUR) und das Pfund Sterling (143 Mio EUR).

Bei einer Beurteilung des Fremdwährungsrisikos des österreichischen Bankensystems kann von einer recht

stabilen, zuletzt leicht steigenden Entwicklung des Fremdwährungsexposures ausgegangen werden. In der Exponierung gegenüber dem US-Dollar und dem japanischem Yen besteht bei Berücksichtigung der historischen Volatilitäten der Wechselkurse das größte Fremdwährungsrisiko.

**Exposure gegenüber Aktienkursrisiko bleibt gering**

Der Aktienanteil am Wertpapierportefeuille der österreichischen Banken, das heißt am Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Investmentzertifikaten und Aktien, bewegt sich weiterhin auf niedrigem Niveau. Unter Heranziehung von Buchwerten ergab sich zum Ende des Jahres 2002 ein Anteil von 2,5%. Ein Jahr zuvor lag dieser Anteil bei 2,9%, im Lauf des Jahres 2002 war ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen. Dieser Anteilsrückgang resultiert aus dem Stagnieren des Umfangs des gesamtösterreichischen Aktienportefeuilles, während sich das Volumenwachstum bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in der

zweiten Hälfte des Jahres 2002 – wenn auch gebremst – fortgesetzt hat. Der Marktwert des Aktienportefeuilles ist im Jahresabstand um 3% gesunken. Im Aktienanteil des österreichischen Wertpapierportefeuilles sind somit kaum noch Bewertungsreserven enthalten: Das Verhältnis von Buchwert zu Marktwert – das am Ende 1999 bei 90% lag – ist zum Jahresultimo 2002 auf 98% angestiegen und liegt damit etwa auf dem Niveau von 1997.

Der Anteil der inländischen Aktien am Aktiengesamtbestand verlief in den beiden letzten Jahren stabil und betrug zum Ultimo des Jahres 2002 53%. Der Anteil der börsennotierten Aktien ist hingegen im selben Zeitraum kontinuierlich zurückgegangen. So lag dieser Anteil zum Ende des Jahres 2000 bei 77%, zum Ende des Jahres 2002 nur noch bei 56%. Dabei war der Anteil der börsennotierten inländischen Emissionen deutlich höher als bei den ausländischen Emissionen.

Auch aus dem Eigenmittelerfordernis für Aktienpositionen des Handelsbuchs<sup>1)</sup> geht hervor, dass die österreichischen Banken während des Jahres 2002 kein zusätzliches Risiko in Aktienpositionen aufgebaut haben. Zum Ende des Jahres 2002 befand sich das Eigenmittelerfordernis für die Aktien des Eigenhandels sogar deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Es kann festgehalten werden, dass – angesichts der weiterhin unsicheren Lage auf den Aktienmärkten – das österreichische Bankensystem im Jahr 2002 bei Aktienengagements zurückhaltend agiert hat. Eine signifikante Verlagerung des Geschäfts hin zu Aktienveranlagungen – etwa als Kompensation für Geschäftsentgang in tra-

ditionellen Bereichen – hat nicht stattgefunden.

### **Risiken aus der Geschäftstätigkeit in zentral- und osteuropäischen Ländern**

Einige österreichische Banken, vornehmlich die großen Banken wie BAWAG, Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG und Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, sind inzwischen auf zahlreichen zentral- und osteuropäischen Märkten gut etabliert. Basierend auf der Strategie eines „erweiterten Heimatmarktes“ wurde – gestützt auf die geographische Nähe und die bestehenden historischen Wurzeln – bereits sehr frühzeitig die Geschäftstätigkeit auf einzelnen neuen Märkten aufgenommen.

Die Tochtergesellschaften in den zentral- und osteuropäischen Ländern haben sich inzwischen zu einem ertragstabilisierenden Faktor entwickelt; diese Entwicklung hat auch im Jahr 2002 weiter angehalten und die Ergebnisbeiträge der zentral- und osteuropäischen Tochterbanken zum Konzernergebnis der österreichischen Muttergesellschaften liegen bei über 30%, in einem Einzelfall sogar bei über 60%. Die gute Wirtschaftslage in den meisten zentral- und osteuropäischen Ländern (siehe dazu das Kapitel „Zentral- und Osteuropa“ im Abschnitt „Internationales Umfeld“) sowie die intensiven Vorbereitungsmaßnahmen der EU-Beitrittsländer stellen positive Rahmenbedingungen dar. Es ist aber zu berücksichtigen, dass die Abhängigkeit der Ertragsituation der österreichischen Banken von der Entwicklung auf den Märkten, die sich bislang volatil als der österreichische Markt gezeigt haben, weiter steigt. Zudem ist in einzelnen

*1 Bei den entsprechenden Werten sind die Ergebnisse der Anwender interner Value-at-Risk-Modelle und die Resultate des Standardverfahrens kombiniert.*

**Kennzahlen von mehrheitlich im Eigentum österreichischer Banken**

**stehenden Kommerzbanken in ausgewählten zentral- und osteuropäischen Ländern<sup>1)</sup>**

|                              | Bilanzsumme | Betriebs-<br>ergebnis | Risikokosten | Marktanteil | ROE | Mitarbeiter | Geschäfts-<br>stellen |
|------------------------------|-------------|-----------------------|--------------|-------------|-----|-------------|-----------------------|
|                              | in Mio EUR  |                       |              | in %        |     | Anzahl      |                       |
| <b>Kroatien</b>              |             |                       |              |             |     |             |                       |
| Dezember 2001                | 3.855       | 90                    | – 8          | 18          | 38  | 2.108       | 81                    |
| Dezember 2002                | 8.168       | 146                   | – 36         | 36          | 26  | 4.845       | 256                   |
| <b>Slowakische Republik</b>  |             |                       |              |             |     |             |                       |
| Dezember 2001                | 8.507       | 115                   | 1            | 40          | 21  | 8.851       | 566                   |
| Dezember 2002                | 10.751      | 147                   | – 32         | 46          | 16  | 10.207      | 583                   |
| <b>Slowenien</b>             |             |                       |              |             |     |             |                       |
| Dezember 2001                | 944         | 13                    | – 5          | 5           | 3   | 413         | 15                    |
| Dezember 2002                | 1.639       | 20                    | – 8          | ..          | 16  | 723         | 33                    |
| <b>Tschechische Republik</b> |             |                       |              |             |     |             |                       |
| Dezember 2001                | 21.159      | 272                   | – 87         | 25          | 11  | 15.486      | 756                   |
| Dezember 2002                | 22.715      | 364                   | – 21         | 27          | 18  | 15.634      | 753                   |
| <b>Ungarn</b>                |             |                       |              |             |     |             |                       |
| Dezember 2001                | 5.742       | 98                    | – 16         | 15          | 17  | 3.455       | 160                   |
| Dezember 2002                | 7.221       | 90                    | – 22         | 16          | 13  | 3.726       | 179                   |
| <b>Summe</b>                 |             |                       |              |             |     |             |                       |
| Dezember 2001                | 40.237      | 588                   | – 115        | x           | x   | 30.313      | 1.578                 |
| Dezember 2002                | 50.494      | 767                   | – 119        | x           | x   | 35.135      | 1.804                 |

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Werte (in Summe) je Land; aus Datenschutzgründen ohne Polen; Zahlen gerundet; Werte 2002 vorläufig.

zentral- und osteuropäischen Ländern der Aufholprozess bei den Finanzdienstleistungen bereits weitgehend abgeschlossen, und mit dem stärkeren Wettbewerb erhöht sich auch der Druck auf die bislang sehr guten Margen.

Das Engagement der österreichischen Banken bei den Privatisierungsmaßnahmen im Finanzdienstleistungsbereich in den zentral- und osteuropäischen Ländern hält unvermindert an, und durch die starke Verankerung im Kundengeschäft werden langfristige Geschäftsbeziehungen aufgebaut. So ist z. B. die Akquisition der Splitska Banka (Kroatien) bzw. der Commercial Bank Biochim AD (Bulgarien) durch die BA-CA mit 70 bzw. 160 Filialen ein weiteres Indiz für diese Strategie. Mit der Ausweitung des Kreditgeschäfts mit Klein- und Mittelbetrieben sowie privaten Haushalten wird auch die Bedeutung eines adäquaten Risikomanagements weiter zunehmen.

Die österreichischen Banktöchter in den zentral- und osteuropäischen Ländern weisen per Dezember 2002 eine Bilanzsumme von 68 Mrd EUR auf; das entspricht etwa 12% des inländischen Bilanzvolumens. Das Bilanzsummenwachstum der Tochterbanken gegenüber dem Vorjahr lag mit fast 16% zwar deutlich unter dem Vergleichswert der Jahre 2000 und 2001, dokumentiert aber die anhaltende Akquisitionstätigkeit im Jahr 2002 vor allem in Kroatien (Rijeka Banka, Splitska Banka).

Eine länderweise Betrachtung (gemessen an der Bilanzsumme) zeigt in der Tschechischen Republik (23 Mrd EUR), in Polen (12 Mrd EUR) und in der Slowakischen Republik (11 Mrd EUR) die größte Präsenz von österreichischen Tochterunternehmen. Auf Kroatien und Ungarn entfallen 8 bzw. 7 Mrd EUR, während in den anderen Ländern die Bilanzvolumina unter 17 Mrd EUR lagen. Die Aktivitäten der österreichischen Großbanken sind

über ihre Tochtergesellschaften – trotz gewisser Schwerpunktsetzungen – relativ breit über mehrere Länder gestreut; dies reduziert die Abhängigkeit von der Geschäfts- und Ertragsentwicklung eines einzelnen Landes bzw. mindert die potenzielle Bedeutung von regionalen Ertragsinbußen für die gesamte Ertragsentwicklung. Der Marktanteil der österreichischen Banken ist in der Slowakischen Republik (46%), in Kroatien (36%), in der Tschechischen Republik sowie in Bosnien und Herzegowina (je 27%) besonders hoch. Die im Eigentum österreichischer Banken stehenden Kommerzbanken in den zentral- und osteuropäischen Ländern weisen inzwischen rund 3.000 Geschäftsstellen mit über 57.500 Mitarbeitern aus.

Die Ertragssituation weist per Dezember 2002 ebenfalls eine positive Tendenz auf. Das Betriebsergebnis der in Tabelle 5 dargestellten Länder liegt mit 767 Mio EUR deutlich über dem Vergleichswert des Vorjahres (588 Mio EUR), wobei die Risikokosten trotz deutlich gesteigener Bilanzsumme im Wesentlichen unverändert geblieben sind.

### Beurteilung anderer Risiken

Gesetzliche Mindestanforderungen an die Liquidität sind bei weitem erfüllt

Liquiditätseingpässe bei Banken, die dazu führen, dass abgerufene Verbindlichkeiten nicht bedient werden können, stellen ein hohes Ansteckungsrisiko für das Gesamtsystem dar. Das österreichische Bankwesengesetz (BWG) legt in § 25 fest, dass Kreditinstitute dafür zu sorgen haben, ihren Zahlungsverpflichtun-

gen jederzeit nachkommen zu können. Die Banken haben als Mindestanforderung flüssige Mittel ersten und zweiten Grades zu halten.

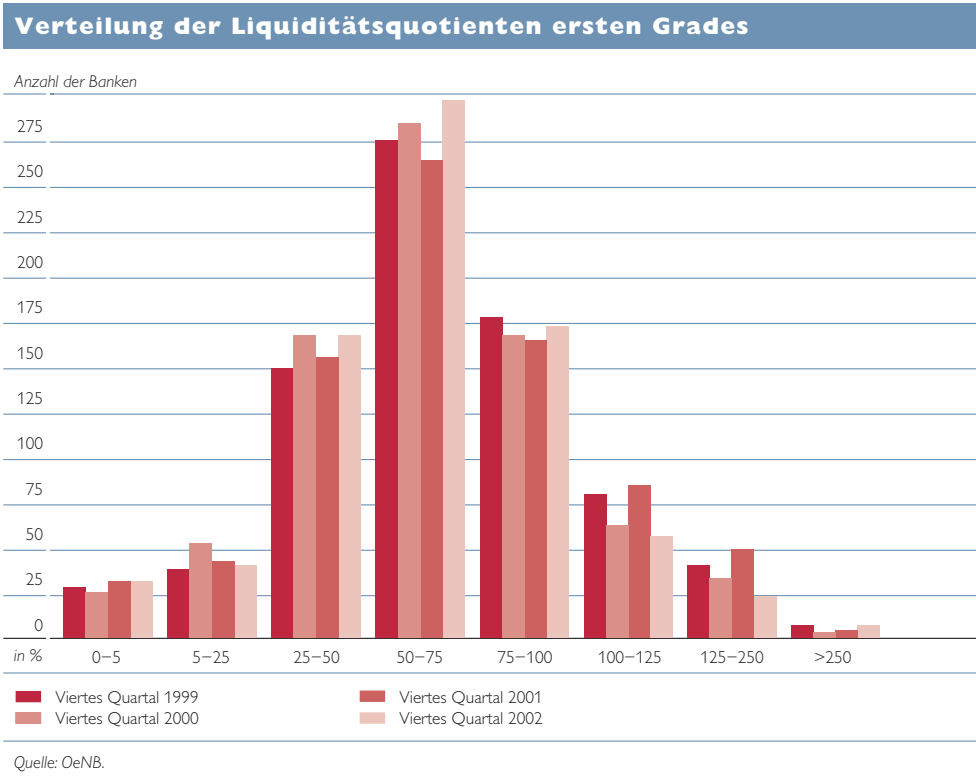
Zur Wahrung der Kassenliquidität (Liquidität ersten Grades) haben Banken über hoch liquide Aktiva im Ausmaß von zumindest 2,5% ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten zu verfügen.<sup>1)</sup> Für die Gesamtliquidität (Liquidität zweiten Grades) werden hinreichend liquide Aktiva zu den Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten oder Kündigungsfristen mit bis zu drei Jahren in Relation gesetzt. Dieses Verhältnis muss zumindest 20% betragen.

Zum Ende des Jahres 2002 haben alle Banken die Vorschriften für die Liquidität ersten Grades eingehalten (nach zwei Nichteinhaltungen im Jahr 2001). 31 Banken hatten einen Liquiditätsquotienten ersten Grades zwischen 2,5 und 5%. Sieben Banken verfügten sogar über mehr als hundert Mal so viele hoch liquide Mittel wie gesetzlich vorgeschrieben. Als Maß für die Situation jener Banken, die eher schwach mit Liquidität ausgestattet sind, kann das 5-Prozent-Quantil dienen, das jenen Liquiditätsquotienten angibt, der von 95% der Banken übertroffen wird. Dieses Quantil liegt über die letzten drei Jahre konstant bei 6%, der Median bei 63% mit jeweils nur geringen Veränderungen. Der Quotient der hypothetischen österreichischen Gesamtbank ist 22%.<sup>2)</sup> Das Bankensystem ist also ausreichend mit Kassenliquidität versorgt.

Die Übererfüllung der gesetzlichen Vorgaben für die Liquidität zweiten Grades ist nicht so stark ausgeprägt wie bei der Liquidität ersten

1 Für die so genannten Zentralinstitute besteht noch eine zusätzliche Verpflichtung zur Abdeckung von 50% jener Einlagen, die von anderen Instituten für die Erfüllung der Liquidität ersten Grades herangezogen werden können.

2 Summe der liquiden Mittel ersten Grades aller Banken im Verhältnis zur Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten aller Banken.



Grades. Zehn Banken hatten zum Ende des Jahres 2002 einen Quotienten von über 200%. Das 5-Prozent-Quantil lag bei 26% und hat sich wie der Median, der 53% ausmacht, über die letzten vier Jahre kaum verändert. Der Quotient der hypothetischen österreichischen Gesamtbank ist 48%. In Bezug auf die Gesamtliquidität ist das Bankensystem ausreichend versorgt und sehr stabil.

**Operationales Risiko aus der Perspektive der Zahlungssystemaufsicht**

Vor dem Hintergrund der stark zunehmenden Bedeutung elektronischer Zahlungssysteme für die Funktionsfähigkeit der Finanzsysteme sowie des im EG-Vertrag festgelegten Auftrags an das Europäische System der Zentralbanken (ESZB), das reibungs-

lose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern, wurde der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) mit 1. April 2002 die Aufsicht über die Zahlungssysteme übertragen. Diese Aufsicht umfasst die Prüfung der Systemsicherheit von Zahlungssystemen in rechtlicher, finanzieller, organisatorischer und technischer Hinsicht, somit auch die mit dem Betrieb von bzw. der systemrelevanten Teilnahme an Zahlungssystemen einhergehenden operationalen Risiken.

Als operationales Risiko im Bereich der Zahlungssysteme versteht man im Allgemeinen „das Risiko, dass betriebliche Faktoren wie technische Störungen oder menschliches Versagen Kredit- oder Liquiditätsrisiken verursachen oder verschärfen.“<sup>1)</sup> Ein daraus resultierendes Systemversagen könnte

<sup>1</sup> Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme. 2001. Grundprinzipien für Zahlungsverkehrssysteme, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind. Bericht der Task Force für Grundsätze und Praktiken in Zahlungsverkehrssystemen. CPSS Publication 43. Basel: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Jänner. 7.

– bei schwerwiegenden Störungen – die Stabilität des Finanzsystems ernsthaft gefährden. Darüber hinaus ist ohne ordnungsgemäß funktionierende Zahlungssysteme die Umsetzung der Geldpolitik des Eurosystems nicht bzw. nur bedingt möglich.

Im Rahmen der Zahlungssystemaufsicht der OeNB stellt das operationale Risiko somit einen Teilaspekt der Aufsicht nach § 44a Nationalbankgesetz (NBG) dar. Bei den in diesem Zusammenhang vorgesehenen Überprüfungen werden von den Systembetreibern und systemrelevanten Teilnehmern anhand von Leitfäden Auskünfte über die zur Gewährleistung der Systemsicherheit bzw. zur sicheren Teilnahme getroffenen Maßnahmen eingeholt und allenfalls auch Überprüfungen vor Ort vorgenommen. In weiterer Folge werden diese Auskünfte anhand der Aufsichtsgrundsätze, die die materiellen Anforderungen für die Systemsicherheit beinhalten, evaluiert; gegebenenfalls werden Maßnahmen zur Behebung festgestellter Mängel eingeleitet.

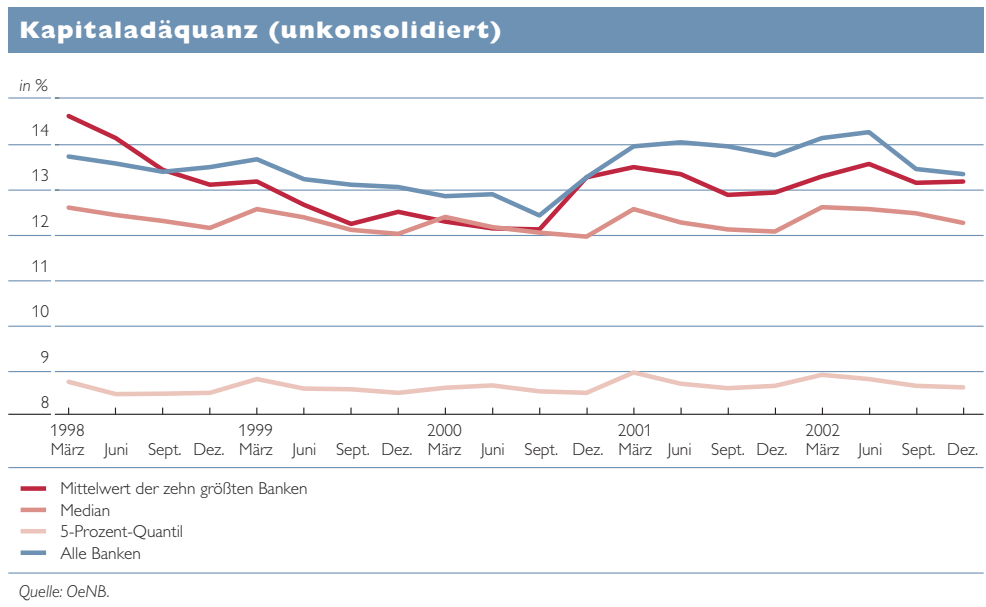
### **Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken**

**Eigenmittelausstattung bleibt trotz leichten Rückgangs zufrieden stellend**

Angesichts der ungünstigen Wirtschaftsentwicklung und der unbefriedigenden Kursentwicklungen an den internationalen Börsen gewinnen die Eigenmittel der Kreditinstitute hinsichtlich ihrer Fähigkeit, Risiken zu absorbieren, an Bedeutung.

Trotz der derzeit wirtschaftlich angespannten Rahmenbedingungen können die österreichischen Banken eine nach wie vor gute Eigenmittelausstattung aufweisen, wengleich die Eigenmittel der in Österreich tätigen Kreditinstitute im Dezember 2002 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres leicht um 1% gesunken sind. Ende 2002 lag die unkonsolidierte Eigenmittelquote<sup>1)</sup> aller österreichischen Kreditinstitute, die Auskunft über einen wesentlichen Teil der Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken gibt, bei 13,3%. Das bedeutet zwar ein leichtes Absinken gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres von 13,7%, doch liegt diese Quote nach wie vor deutlich über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderung von 8%. Ebenso lässt sich ein leichter Rückgang der Kernkapitalquote feststellen, bei der nur das Tier 1-Kapital (Kernkapital) in Relation zur Bemessungsgrundlage gesetzt wird. Mit Ende 2002 betrug die unkonsolidierte Kernkapitalquote 9,1%, während sie im Vergleichsmonat des Vorjahres noch einen Wert von 9,5% aufwies. In absoluten Werten betrug das Tier 1-Kapital Ende 2002 26,8 Mio EUR (Ende 2001: 27,4 Mio EUR), das Tier 2-Kapital (Ergänzungskapital) betrug Ende 2002 13,5 Mio EUR (Ende 2001: ebenfalls 13,5 Mio EUR). Die österreichischen Banken verfügen somit über einen ausreichenden Kapitalpuffer, sollte sich die konjunkturelle Lage und damit einhergehend die Bonität von

<sup>1</sup> Die im Folgenden beschriebene Eigenmittelquote bezieht sich auf die laut BWG zur Unterlegung des Kreditrisikos anrechenbaren Eigenmittel (Tier 1-Kapital plus Tier 2-Kapital minus Abzugsposten), die in Verhältnis zur Bemessungsgrundlage gesetzt werden. Die im Monatsausweis der OeNB und im Finanzmarktstabilitätsbericht 2 (2001) publizierten Eigenmittelquoten beziehen auch das Tier 3-Kapital in die Berechnung ein, weshalb sich entsprechend höhere Werte ergeben. Da es sich dabei um nachrangiges Kapital handelt, das nur zur Unterlegung des Marktrisikos verwendet werden darf, wurde im Folgenden auf dessen Einbeziehung verzichtet, um eine möglichst konservative Beurteilung der Kapitaladäquanz zu erhalten.



Schuldnern noch weiter verschlechtern. Proberechnungen auf konsolidierter Basis zeigen eine doch etwas geringere Eigenmittelausstattung (11,3%) als unkonsolidiert. Dieser Wert hat sich jedoch gegenüber dem Vorjahr geringfügig verbessert und liegt ebenfalls deutlich über der gesetzlichen 8-Prozent-Marke.

Die – gemessen an der Bilanzsumme – zehn größten Banken weisen eine Eigenmittelquote von 13,2% auf und liegen damit um nahezu 1% höher als der Medianwert von 12,3% (siehe Grafik 15). Wie auch in der Vergangenheit weisen damit die zehn größten Banken eine höhere Eigenmittelausstattung auf als der Medianwert. Jene Banken, die eine vergleichsweise schwache Eigenmittelausstattung aufweisen, liegen mit ihren Eigenmittelquoten nach wie vor über 8%: der Wert für das 5-Pro-

zent-Quantil, das die eigenmittelschwächsten Banken widerspiegelt, lag Ende 2002 bei 8,7%.

Auch hinsichtlich der zukünftigen Veränderungen der Eigenmittelerfordernisse vor dem Hintergrund der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) stellt sich die derzeitige Eigenmittelausstattung der Banken unbedenklich dar. Die Anfang des Jahres 2003 durchgeführte Feldstudie QIS 3 (dritte Quantitative Auswirkungsstudie), bei der weltweit Banken die Auswirkungen der neuen Kapitaladäquanzbestimmungen auf ihre Bilanzaktiva testen konnten, ergab für Österreich ein durchaus zufrieden stellendes Ergebnis:<sup>1)</sup> Im Fall des Standardansatzes<sup>2)</sup> erhöht sich – insgesamt betrachtet – das Eigenmittelerfordernis leicht, während interne Ratingverfahren zu einer Reduktion der Eigenmittelerfordernisse führten. Obwohl die

1 Siehe auch die Studie „Basel II, Prozyklizität und Kreditentwicklung - erste Schlussfolgerungen aus der QIS 3“ von V. Redak und A. Tscherteu in diesem Heft.

2 Prinzipiell stehen Banken zwei Möglichkeiten offen, die Bonität ihrer Kunden zu beurteilen: der Standardansatz, bei dem das Rating eines Kunden durch eine externe Ratingagentur vorgenommen wird, oder interne Ratingverfahren (IRB-Ansätze), bei denen Banken selbst das Rating ihrer Kunden vornehmen.

Ergebnisse der QIS 3 auf Grund der noch nicht abgeschlossenen Diskussionen um die Baseler Bestimmungen noch mit Vorsicht zu betrachten sind, ergibt sich auf Basis des derzeitigen Entwicklungsstands von Basel II kein zwingender Handlungsbedarf für österreichische Kreditinstitute, in Zukunft mehr Eigenmittel zur Erfüllung der Eigenmittelerfordernisse zu bilden.

#### Ratings österreichischer Großbanken blieben im Wesentlichen unverändert

Bonitätsprüfungen und Ratings stellen formale Methoden zur Beurteilung von Kreditrisiken dar. Jeder Ratingstufe entspricht eine statistische Ausfallwahrscheinlichkeit bei den Rückzahlungen.<sup>1)</sup> Neben dem traditionellen Bankdepositenrating für Spar-, Sicht- und Termineinlagen sowie das Interbankengeschäft wird zusätzlich von Moody's Investors Service das Bank Financial Strength Rating (BFSR) vergeben. Dieses Bewertungssystem beurteilt Banken nach ihrer eigenen Finanzstärke, und zwar unabhängig davon, ob eine Unterstützung durch die Muttergesellschaft oder durch Dritte – z. B. in Form einer Ausfallhaftung – besteht.

Von den internationalen Ratingagenturen bekommt der österreichische Bankensektor auf Grund seiner haltbaren sowie vorhersagbaren Performance und auf Grund des wachsenden Engagements auf den zentral- und osteuropäischen Märkten, die weiterhin gute Wachstumschancen bieten, ein stabiles Zeugnis ausgestellt.

In Österreich unterziehen sich 16 Großbanken einem Emittentenrating. Darunter sind die Beurteilung der allgemeinen Finanzkraft einer Finanzinstitution und die generelle Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen einzuhalten, zu verstehen. Ein wichtiger Aspekt des Ratings liegt in der Schaffung von Vertrauen bei den Investoren und Kunden, da mit einem günstigen Rating sowohl Zugang zu Großeinlagen als auch die Möglichkeit zur Senkung der Refinanzierungskosten gegeben sind.

Die Emittentenratings österreichischer Banken sind im Jahr 2002 mit Ausnahme der BA-CA nicht herabgestuft worden. Die langfristigen und die nachrangigen Verbindlichkeiten der BA-CA wurden von der Ratinggesellschaft Moody's Investors Service zunächst im Juli 2002 und im Jänner 2003 nochmals um jeweils eine Stufe herabgestuft.<sup>2)</sup> In der Begründung wird auf die strukturellen Probleme des Mutterunternehmens Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG hingewiesen.

In den aktuellen Ratings von Standard & Poor's für fünf Landes-Hypothekenbanken ist im Zusatzrating „Ausblick – negativ“ (das heißt, es kann in den nächsten zwei bis drei Jahren zu einer Verschlechterung des Ratings kommen) die seit längerem zur Diskussion stehende Aufhebung von Ausfallhaftungen der öffentlichen Hand bereits berücksichtigt. Anfang April 2003 kam es zu einer Einigung zwischen der Europäischen Kommission und Österreich hinsichtlich des

1 Aus Wahrscheinlichkeitstabellen können zu jedem Rating die dazugehörigen Ausfallwahrscheinlichkeiten über die einzelnen Jahre verteilt, entnommen werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Anleihe mit einem AAA-Rating in einem Jahr nicht bedient wird, beträgt 0%; dass sie in 15 Jahren nicht bedient wird, ist mit einer Wahrscheinlichkeit von 1,06% zu erwarten. Bei einem BBB-Rating liegt der entsprechende Wert für 15 Jahre bei 4,2% und bei einem CCC-Rating bei 42,96% (Quelle: S&P Corporate Default Study, August 1998).

2 Diese Ratings befinden sich in der Ratingkategorie „Gute Finanzkraft“. Dies bedeutet, dass bei ungünstigen makroökonomischen Bedingungen negative Auswirkungen auf das Unternehmen entstehen können.

Tabelle 6

|   | Moody's Investors Service – Deposit Rating |                  |                    |                          | Standard & Poor's – Deposit Rating |                  |                       |
|---|--|------------------|--------------------|--------------------------|------------------------------------|------------------|-----------------------|
|   | LT <sup>1)</sup>                           | ST <sup>2)</sup> | BFSR <sup>3)</sup> | Outlook auf Finanzstärke | LT <sup>1)</sup>                   | ST <sup>2)</sup> | Outlook               |
| Bank Austria Creditanstalt AG                   | A2   | P-1              | B–                 | stabil                   | A                                  | A-2              | negativ <sup>4)</sup> |
| Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG  | A1   | P-1              | C+                 | stabil                   |                                    | A-2              |                       |
| Raiffeisen Zentralbank Österreich AG            | A1   | P-1              | C+                 | stabil                   |                                    | A-1              | –                     |
| Oesterreichische Kontrollbank                   | Aaa  | P-1              | –                  |                          | AAA                                |                  | –                     |
| Österreichische Postsparkasse AG                | Aa3  | P-1              | C+                 |                          |                                    |                  |                       |
| Raiffeisenlandesbank Oberösterreich reg. GenmbH | A1   | P-1              | B–                 |                          |                                    |                  |                       |
| Landes-Hypothekenbank Oberösterreich AG         |  |                  |                    |                          | AAA                                | A-1+             | negativ <sup>4)</sup> |
| Landes-Hypothekenbank Niederösterreich AG       |  |                  |                    |                          | AA+                                | A-1+             | negativ <sup>4)</sup> |
| Landes-Hypothekenbank Steiermark AG             |  |                  |                    |                          | AA                                 | A-1+             | negativ <sup>4)</sup> |
| Landes-Hypothekenbank Tirol AG                  |  |                  |                    |                          | AAA                                | A-1+             | negativ <sup>4)</sup> |
| Landes-Hypothekenbank Vorarlberg AG             | Aa   |                  | C                  |                          | AAA                                | A-1+             | negativ <sup>4)</sup> |
| Hypo Alpe-Adria-Bank AG                         | Aa2  | P-1              | C+                 | stabil                   |                                    |                  |                       |
| Österreichische Volksbanken-AG                  | A2   | P-1              | C+                 |                          |                                    |                  |                       |
| Bank für Arbeit und Wirtschaft AG               | Aa3  | P-1              | C+                 |                          |                                    |                  |                       |
| Kommunalkredit Austria AG                       | Aa3  | P-1              | C+                 |                          |                                    |                  |                       |
| Investkredit Bank AG                            | A1   | P-1              | C–                 |                          |                                    |                  |                       |

Quelle: Moody's Investors Service, Standard & Poor's.  
<sup>1)</sup> Long Term.  
<sup>2)</sup> Short Term.  
<sup>3)</sup> Bank Financial Strength Rating.  
<sup>4)</sup> Outlook negativ weist auf ein mögliches Downgrading in den nächsten zwei bis drei Jahren hin.

derzeit bestehenden Systems der Ausfallhaftung.<sup>1)</sup> Es wurden Übergangsfristen festgelegt, wonach neue Verbindlichkeiten mit Ausfallhaftung nur mehr bis zum 1. April 2007 vergeben werden und eine maximale Laufzeit bis zum 30. September 2017 aufweisen dürfen. Die Kontrahentenratings der Landes-Hypothekenbanken laufen somit Gefahr, in Zukunft herabgestuft zu werden.

### Versicherungen

#### Versicherungswirtschaft verzeichnet schwache Geschäftsentwicklung

Die weiterhin volatile Entwicklung auf den Anlagemärkten beeinflusste

die Erträge der österreichischen Versicherungswirtschaft im Jahr 2002 nachhaltig. Besonders davon betroffen waren die Lebensversicherungsunternehmen, was sich in der Gewinnzuteilung für das Jahr 2002 niederschlagen wird. Die Gewinnbeteiligung wird voraussichtlich weiter gekürzt werden und zwischen 4,25 und 5,5% liegen. Außerdem waren die Lebensversicherungsunternehmen erstmals seit fünf Jahren mit einem Rückgang des Prämienaufkommens von rund 2% konfrontiert. Überraschender Weise konnten die fondsgebundenen Lebensversicherungen trotz der unerfreulichen Entwicklungen auf den

1) Davon sind sieben Landes-Hypothekenbanken mit Haftung des jeweiligen Bundeslandes und 20 Gemeindesparkassen, für die die jeweilige Gemeinde haftet, betroffen.

Aktienmärkten Vertragszuwächse verzeichnen. In der Schaden- und Unfallversicherungssparte war laut Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eine Steigerung des Prämienaufkommens um 6% zu beobachten. Allerdings erhöhten sich die Schadenszahlungen um das Doppelte der Prämieinnahmen, wofür zum Teil die Hochwasserschäden im Sommer 2002 verantwortlich waren. Die Gesamtbelastung der österreichischen Versicherungsunternehmen durch die Hochwasserschäden belaufen sich auf etwa 368 Mio EUR, wovon ungefähr 305 Mio EUR durch Rückversicherungen abgedeckt sind. Zusätzlich waren die Versicherungsunternehmen im Jahr 2002 mit einem sprunghaften Anstieg der Schadensleistungen der Feuerversicherer konfrontiert, die sich auf rund 454 Mio EUR beliefen.

Die Anzahl der in Österreich tätigen Versicherungsunternehmen, die an die OeNB melden, reduzierte sich im Jahr 2002 im Zuge von Unternehmensschließungen um 3 Institute auf 62. An der Wiener Börse notieren zurzeit drei österreichische Versicherungsgruppen, wobei es sich um die drei marktführenden Konzerne handelt. Mit knapp unter 200 Mio EUR im Jahr 2002 war der Börsenumsatz allerdings sehr gering.

Die Summe der Aktiva der österreichischen Versicherungswirtschaft ohne Rückversicherungsgeschäft belief sich Ende 2002 auf 58,3 Mrd EUR, was einem Anstieg von 5,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Damit setzt sich das rückläufige Wachstum, das seit Ende 1999 zu beobachten war, weiter fort, auch wenn sich eine Verlangsamung erkennen lässt.

### **Für den heimischen Bankensektor sind keine Ansteckungsrisiken erkennbar**

Im Veranlagungsverhalten der Versicherungsunternehmen zeigt sich ein deutlicher Trend zu inländischen Werten. Die Veranlagung in Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere weist mit +15% Ende 2002 gegenüber der Vorjahresperiode die höchsten Zuwächse seit dem Jahr 2000 auf und stellt damit mit +26% die zweitbedeutendste Veranlagungskategorie dar. Die stärksten Zuwächse verzeichneten die inländischen Beteiligungen mit +29%. Der Anstieg ist allerdings auf einige wenige Versicherungen zurückzuführen und ergibt sich vorwiegend aus der Umwandlung von Aktien in Beteiligungen sowie aus Gesellschafterzuschüssen. Mit einem Anteil von rund 27% am gesamten Vermögensbestand stellen die Auslandsaktiva nach wie vor die wichtigste Veranlagungskategorie dar und verzeichneten auch im Jahr 2002 Volumenzuwächse. Die vergebenen Darlehen waren wie in den vergangenen Jahren weiterhin rückläufig, wofür in erster Linie die Abnahme in der Darlehensvergabe an den Staat verantwortlich ist. Die deutlich rückläufige Tendenz der Veranlagung in inländische Rentenwerte, die in den vergangenen Jahren zu beobachten war, dürfte vorerst gebremst worden sein. Mit rund 7,7 Mrd EUR entfallen auf diesen Veranlagungsbereich 13% des Vermögensbestands.

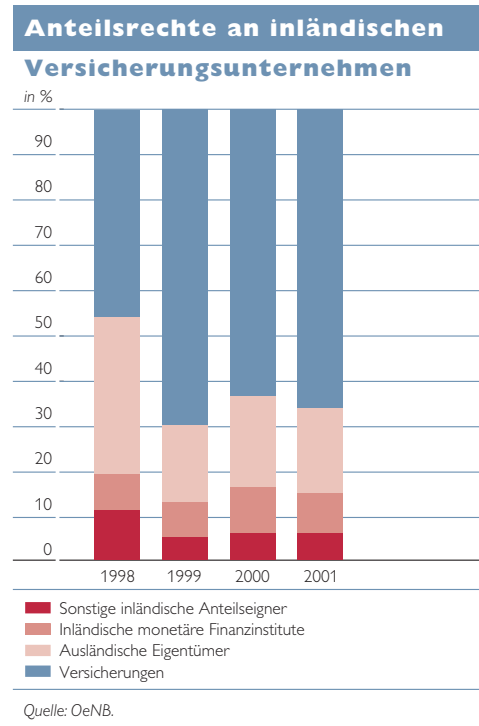
Den wesentlichsten Teil der Passivseite nehmen die versicherungstechnischen Rückstellungen ein, die die Verpflichtungen der Versicherungsunternehmen gegenüber den Versicherten widerspiegeln. Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich aus den Deckungsrückstellungen und den sonstigen versicherungstech-

nischen Rückstellungen zusammen. Die erforderlichen Deckungsrückstellungen sind ein nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelter Betrag, über den der (Lebens-) Versicherer verfügen muss, um seine Leistungsverpflichtungen erfüllen zu können. Im vierten Quartal 2002 erreichten die versicherungstechnischen Rückstellungen einen Wert von 53,5 Mrd EUR, was einem Anteil von rund 85% an den gesamten Passiva entspricht. Der Großteil entfällt dabei auf die Lebensversicherung, die mit 41,3 Mrd EUR knapp 77% einnimmt. Der Anteil der Schaden- und Unfallversicherung belief sich auf 18%, jener der Krankenversicherung auf 5%.

Ungeachtet der schwachen Ertragslage und der sich daraus ergebenden Folgen, insbesondere im Lebensversicherungsbereich, stellt die heimische Versicherungswirtschaft keinen unmittelbaren Risikofaktor für die Finanzmarktstabilität dar. Jene Reserven, die im Jahr 2002 aufgelöst worden waren, um rückläufige Erträge aus den Kapitalanlagen auszugleichen und um Leistungsverpflichtungen nachkommen zu können, konnten die heimischen Versicherungsunternehmen teilweise wieder aufbauen. Die Gründe dafür waren das niedrige Zinsniveau und die dadurch lukrierten Gewinne im Anleihenbereich, womit der Rückgang der Reserven bei Aktien kompensiert werden konnte. Eine hohe Reservequote weisen vor allem auch jene Versicherungen auf, die auf einen hohen Immobilienanteil zurückgreifen können.

Insbesondere für den österreichischen Bankensektor gibt es daher keine Anzeichen einer zusätzlichen Belastung der Ertragslage durch die aktuelle Schwäche des Versicherungsektors. Zum einen ist das Volumen

Grafik 16



der direkt an die Versicherungswirtschaft vergebenen Kredite gering. Obwohl Anfang 2002 ein Anstieg gegenüber den Vorjahren beobachtet werden konnte, machten die Forderungen der Banken gegenüber Vertragsversicherern und Pensionskassen im vierten Quartal 2002 lediglich rund 1% des anrechenbaren Eigenkapitals aus. Zum anderen ist die Verflechtung des österreichischen Bankensektors mit der heimischen Versicherungswirtschaft infolge von Finanzkonglomeraten vergleichsweise gering. Eine mehrheitliche wechselseitige Beteiligungsverschränkung von inländischen Banken und inländischen Versicherungsunternehmen ist nicht gegeben. Einseitige, mehrheitliche Beteiligungsverhältnisse bestehen allerdings. An den großen Versicherungsunternehmen besitzt jedoch keine einzelne große österreichische Bank eine direkte Mehrheitsbeteiligung. Wie aus Grafik 16 ersichtlich, wird der Großteil der Anteilsrechte an Versiche-

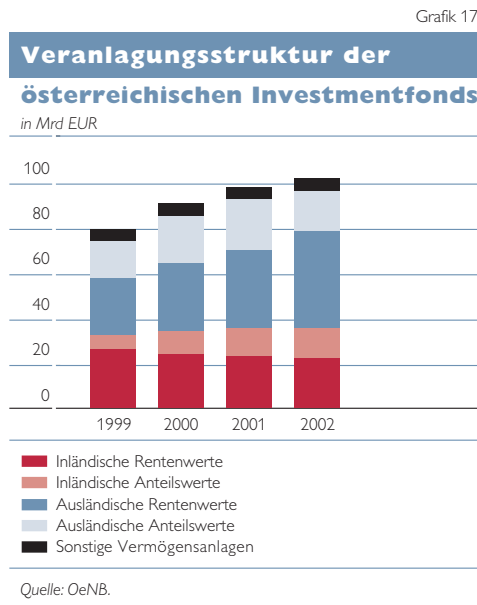
rungen von Versicherungen selbst gehalten. Seit Ende der Neunzigerjahre konnte eine Ausweitung dieser Anteile zu Lasten jener Anteilsrechte beobachtet werden, die sich im ausländischen bzw. sonstigen inländischen Eigentum befinden. Inländische Versicherungsunternehmen halten mehrheitlich Anteile etwa an Kapitalanlagegesellschaften, Mitarbeitervorsorgekassen, Immobiliengesellschaften oder sonstigen Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Im Dezember 2002 gründete eine auf dem heimischen Markt führende Versicherungsholding als erstes österreichisches Versicherungsunternehmen ein Kreditinstitut.

## Andere Finanzintermediäre

### Investmentfonds verstärken risikoreiche Veranlagung

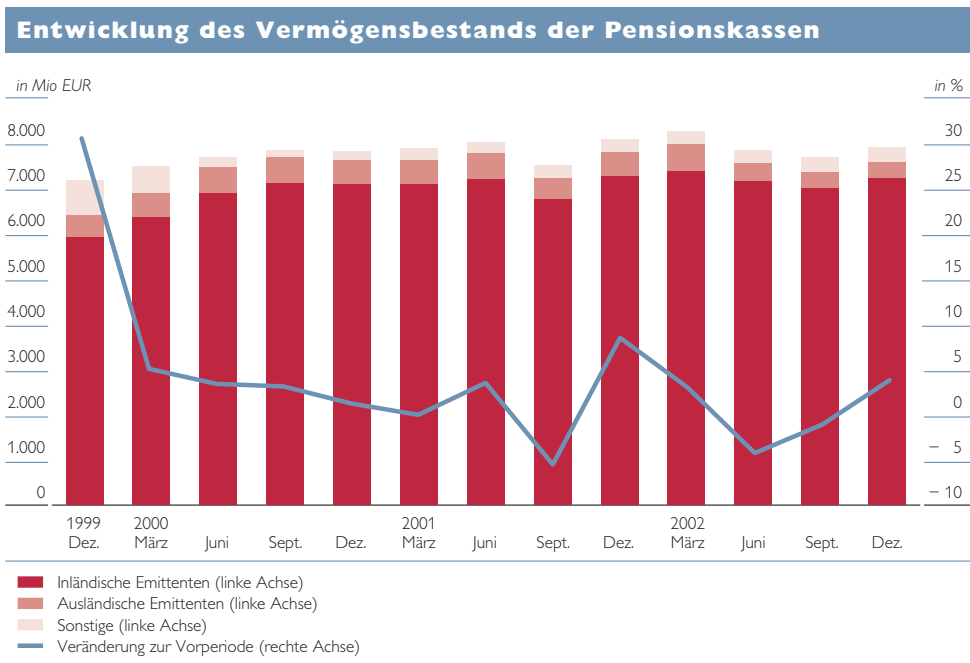
Die aktuellen Entwicklungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen werden die Geschäftstätigkeit der österreichischen Investmentfonds künftig beeinflussen. Bis August 2003 sind zwei Richtlinien<sup>1)</sup> durch entsprechende Novellierung des Investmentfondsgesetzes und des Bankwesengesetzes umzusetzen. Die Richtlinien regeln unter anderem die Schaffung von gleichwertigen Marktzugangsvorschriften und Ausübungsbedingungen für die Tätigkeit von Kapitalanlagegesellschaften durch die Einführung des so genannten „Europäischen Passes“ bzw. erweitern unter Berücksichtigung der Marktentwicklungen in den vergangenen Jahren die Veranlagungsmöglichkeiten der Kapitalanlagefonds.

1 Richtlinie 2001/107/EG vom 21. Jänner 2002 zur Änderung der Richtlinie 85/611/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) zwecks Festlegung von Bestimmungen für Verwaltungsgesellschaften und vereinfachte Prospekte bzw. Richtlinie 2001/108/EG vom 21. Jänner 2002 zur Änderung der Richtlinie 85/611/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) hinsichtlich der Anlagen der OGAW. Siehe dazu auch den Finanzmarktstabilitätsbericht 3 der OeNB (2002), S. 50.



Trotz der unsicheren Wirtschaftsentwicklung und der anhaltenden Börseschwäche wurde im Lauf des Jahres 2002 von Privaten und institutionellen Investoren ein Volumen von 10,6 Mrd EUR in Investmentzertifikate neu veranlagt. Das von den 22 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften verwaltete Vermögen an Investmentzertifikaten verzeichnete damit Ende 2002 einen Anstieg auf 102,7 Mrd EUR. Das entspricht einem Zuwachs von rund 4% gegenüber der Vergleichsperiode 2001, der insbesondere von den ausländischen Rentenwerten getragen wurde (siehe Grafik 17).

Die fortgesetzte schwache Entwicklung auf den Kapitalmärkten spiegelt sich jedoch in der Performance der österreichischen Investmentfonds wider. Der Großteil der Aktienfonds und der gemischten Fonds wies im Jahr 2002 auf Grund



der Kursverluste eine negative Performance auf. Bei den Rentenfonds entwickelten sich immerhin rund 87% positiv. Der Trend zur risikoarmen Veranlagung setzte sich im Jahr 2002 fort. Die Rentenwerte konnten gegenüber dem Vorjahr ihren Anteil am Veranlagungsvolumen auf rund 64% weiter ausbauen. Der Anteil der Aktien und Beteiligungspapiere wurde hingegen von rund 20% Ende 2001 auf 14% gekürzt. Bei der Veranlagung in Investmentzertifikate ist ebenfalls ein Rückgang von vormals 18% auf rund 16% zu beobachten.

**Börsenschwäche beeinträchtigt die Performance von Pensionskassen**

Die österreichischen Pensionskassen<sup>1)</sup> litten wie auch andere Finanzintermediäre im Jahr 2002 unter der an-

haltenden Börsenschwäche. Entsprechend den vorläufigen Berechnungen der Oesterreichischen Kontrollbank für das Jahr 2002 lag die Performance der österreichischen Pensionskassen bei -6,2%. Auf Grund des negativen Veranlagungsertrags ergab sich eine Nachschussverpflichtung für die österreichischen Pensionskassen, die sich im internationalen Vergleich gesehen jedoch in Grenzen hält, da der Großteil der österreichischen Pensionskassensysteme beitragsorientiert<sup>2)</sup> ist. Im Gegensatz dazu kommen jene europäischen Unternehmen unter Druck, deren Pensionssysteme überwiegend leistungsorientiert sind, da deren Pensionskassen auf Grund der Börsenschwäche Deckungslücken aufweisen.

1) Weitere Informationen zu den Pensionskassen finden sich im Kapitel „Kapitalmarkt und privates Pensionssystem in Österreich“ im Abschnitt „Realwirtschaft und Finanzmärkte in Österreich“.

2) Pensionskassenmodell, bei dem die Höhe der Beitragszahlungen vereinbart wird. Die Höhe der Pensionsleistungen ergibt sich durch Verrentung des angesparten Kapitals, die Verzinsung und den versicherungsmathematischen Gewinn/Verlust. Leistungsorientierte Pensionszusagen setzen hingegen die Höhe der künftigen Pensionsleistung fest. Aus dieser Festsetzung errechnet sich die Höhe der laufenden Beiträge.

Der Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen betrug Ende 2002 79 Mrd EUR (siehe Grafik 18). Damit verzeichnete der Vermögensbestand nach zwei Quartalen erstmals wieder ein Wachstum von rund 3% im letzten Quartal 2002.

Der Großteil des Vermögensbestands wird nach wie vor in Wertpapiere inländischer Emittenten veranlagt. Die Investmentzertifikate stellen dabei mit rund 91% des gesamten Vermögensbestands weiterhin die wesentlichste Veranlagungsform dar.